

Mainzer Namentagung: *Namen und Politik* – 20.-22.09.2023

Abstracts

Vieldiskutierte Benennungsmotive und frequente Fehlinterpretationen: Thüringische Flurnamen mit Bezügen auf das Leben ethnischer Minderheiten

Barbara Aehnlich (Bremen und Jena) und David Brosius (Jena)

Flurnamen als die Benennungen früher unbewohnter Örtlichkeiten in der Siedlungsflur erinnern als sprachliche Denkmäler nicht nur an ehemalige Landnutzungen und Bodengestaltungen, sondern auch an frühere Siedlungsströme und Migrationsbewegungen. Im ostsaaalischen Gebiet denkt man da zunächst an die slawische Besiedlung und die darauf zurückgehenden slawischen Flurnamen. Diese sind relativ häufig und nur zum Teil lautlichen Anpassungserscheinungen an das Deutsche ausgesetzt gewesen. Daneben gibt es aber auch eine kleinere Gruppe von Flurnamen, die die Erinnerung an Örtlichkeiten, die früher mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen und ethnischen Minderheiten in Verbindung gebracht wurden, bewahren und die trotz oder gerade wegen dieser wichtigen Funktion seit jeher Gegenstand politischer und politisierter Diskussionen sind. Namen wie *Judengasse*, *Zigeunergrund* oder *Taterkopf* etwa weisen auf oftmals besonders diskriminierte Gruppen hin und berichten gleichzeitig von deren früheren Lebensbedingungen, Wohnstätten und frequent genutzten Verkehrs- und Handelswegen. Im Laufe der Jahrhunderte waren sie zahlreichen Umdeutungen und Umbenennungen ausgesetzt. So wurde etwa die *Jüdenstraße* in Ellrich im Dritten Reich in *Horst-Wessels-Straße* umbenannt, ein besonders gravierender politischer Eingriff. In den Namenbestandteil *Jude* wurde und wird z.B. ‚Gott‘ hineingedeutet, um die genaue Wortherkunft zu verschleiern;¹ in anderen Fällen hat er ebenso wie *Tater* oder *Zigeuner* eine eindeutig abwertende Bedeutung. Auch und gerade heute sind Namen mit diesen Bestandteilen aus verschiedenen Gründen noch immer umstritten, wie ein Antrag auf Umbenennung der *Zigeunerquelle* bei Jena und die darauffolgenden heftigen Diskussionen in Stadtparlament und Regionalpresse zeigen.

Der Vortrag nimmt daher thüringische Flurnamen in den Blick, die auf früheres Leben von Juden, Sinti und Roma verweisen, und verbindet sie mit Erkenntnissen aus der Geschichtswissenschaft. Die Entwicklung dieser Namen ist regionalpolitisch geprägt und verdeutlicht den Umgang mit ethnischen Minderheiten. Das zugrundeliegende Material entstammt dem Thüringischen Flurnamenportal, das auf dem früheren Thüringischen Flurnamenarchiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena beruht, und weiteren Einzelerhebungen. Die hier verzeichneten Flurnamen und eventuelle Erklärungen dazu stammen zum großen Teil aus den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts und sind demzufolge überwiegend rassenideologisch gefärbt. Deshalb werden die Belege einer kritischen Überprüfung unterzogen und mit der historischen. Frühere Fehlinterpretationen werden teilweise heute noch wiederholt und der Kampf um die genaue Deutungshoheit der Namen verbissen geführt. Ein Blick auf den aktuellen Umgang mit sich auf Minderheiten beziehende Flurnamen rundet deshalb den Vortrag ab.

Literatur:

Maike LÄMMERHIRT, Juden in den wettinischen Herrschaftsgebieten. Recht, Verwaltung und Wirtschaft im Spätmittelalter (2007).

Stefan LITT, Juden in Thüringen in der Frühen Neuzeit (1520-1650) (2003).

Wolfgang RAUPRICH, "Der Gute Ort". Jüdische Friedhöfe in Thüringen, in: Spurensuche nach jüdischem Leben in Thüringen, hg. von Ursula GÖDDE /

Juliane RAUPRICH (2001) S. 89-109. Barbara RÖSCH, Der Judenweg. Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte aus Sicht der Flurnamenforschung (2009).

Israel SCHWIERZ, Zeugnisse jüdischer Vergangenheit in Thüringen. Eine Dokumentation (2007).

Christoph WIRTH, Erfurter Stadtgeschichte: Das Leben der Juden in Erfurt in der Zeit vom 11. bis 15. Jahrhundert Eine Spurensuche (2016).

¹ So wird z.B. der Judenbühl zum Gottesbühl – begründet durch hineininterpretierte lautliche Erscheinungen. Wirklichkeit abgeglichen.

(K)ein heikles Thema? Der Gebrauch alter deutscher Ortsnamen im Baltikum in jüngerer Zeit im Spiegel politischer Veränderungen

Heiko F. Marten (Mannheim)

Mit der Auswanderung der meisten Deutschsprachigen aus den baltischen Ländern im 20. Jahrhundert hat der Gebrauch alter deutscher Toponyme (z.B. Reval, Dünaburg, Memel) stark abgenommen. Der Gebrauch der Endonyme der heutigen Mehrheitssprachen Estnisch, Lettisch und Litauisch (z.B. Tallinn, Daugavpils, Klaipėda) ist heute weitgehend unangefochten – und das auch im deutschsprachigen Kontext.

Dennoch sind die alten deutschen Namen nicht völlig verloren gegangen – im Baltikum selbst z.B. in kommodifizierender Funktion bei Hotels oder Restaurants. Im Licht der heutigen umfangreichen Kontakte zwischen den deutschsprachigen Ländern und dem Baltikum in Kultur, Politik, Wirtschaft, Bildung und Tourismus sowie wachsender neuer deutschsprachiger Personengruppen in der Region untersucht der Beitrag somit, wo alte deutsche Toponyme in deutschsprachigen Kontexten heute noch gebraucht werden. Insbesondere wird dabei auf mögliche Bezüge zu politischen Entwicklungen geachtet.

Datenbasis für die Untersuchung sind zwei Sprachkorpora, die verschiedene Perspektiven auf das Vorkommen von Gegensatzpaaren wie Vilnius vs. Wilna, Liepāja vs. Libau oder Tartu vs. Dorpat ermöglichen: 1. Das Deutsche Referenzkorpus (DeReKo) zeigt diachrone Entwicklungen in unterschiedlichen Textgenres auf; 2. ein für diese Studie zusammengestelltes Korpus gibt Einblick in den heutigen Gebrauch der Namen in deutschsprachigen Organisationen, Firmen und Medientexten mit Bezug zum Baltikum.

Die Ergebnisse bestätigen zunächst die Hypothese, dass die deutschen Namen heute nur noch selten gebraucht werden. Allerdings kommen sie durchaus vor – in historischen oder historisierenden Kontexten, aber auch z.B. im Tourismus. Gleichzeitig ist auffällig, dass der Gebrauch auch innerhalb einzelner Texte sehr uneinheitlich sein kann und dabei sehr unterschiedliche Strategien zur Einpassung bzw. Kontextualisierung genutzt werden (Beidnennung, Kontextualisierung durch z.B. „das ehemalige“, Anpassung an die deutsche Orthographie durch Weglassen von Diakritika). Insgesamt ist bemerkenswert, wie Deutsch punktuell im Sinne einer nostalgischen Verklärung der Vergangenheit eingesetzt werden kann, aber weitgehend ohne dass es als politisch heikel empfunden würde. Gleichzeitig dürfte ein Grund für die heutige Praxis darin liegen, dass viele deutsche Ortsnamen aus dem Baltikum im deutschsprachigen Kerngebiet während der Teilung Europas lange so gut wie gar nicht gebracht wurden, sodass keine Kontinuität gewährleistet war.

Die Vereinnahmung des Raums – Siedlungsumbenennungen in Sachsen im Nationalsozialismus

Eric Iwanski (Dresden)

Der Beitrag legt dar, wie die Siedlungsnamenpolitik zwischen 1933 und 1945 auf dem Gebiet des heutigen Sachsen von der nationalsozialistischen Ideologie bestimmt wurde. Grundlage für den Beitrag ist eine Staatsexamensarbeit, die 2023 fertiggestellt werden soll.

Die Untersuchung schließt eine Forschungslücke, da nicht nur Ortsumbenennungen, sondern auch Eingemeindungen und Streichungen von Ortsteilen besprochen werden. Zudem wird der onomastische Blick durch eine kulturgeschichtliche Perspektive erweitert und ein interdisziplinärer Ansatz verfolgt: Wie untrennbar Namen und Politik sind, zeigen nicht nur Siedlungsumbenennungen, sondern auch eine Auseinandersetzung mit denen für die Ideologie essenziellen Begriffen wie *Volk*, *Land* und *Raum*. Siedlungsumbenennungen – so mein Ansatz – müssen nicht nur namenkundlich und verwaltungshistorisch betrachtet, sondern auch ideen- und ideologiegeschichtlich untersucht werden, um eine umfassende Analyse gewähren zu können. Ebenso ist eine Einordnung in die antisorbische Politik der Nationalsozialisten notwendig, weil die Ortsnamenänderungen vorrangig im sorbischen Siedlungsgebiet stattfanden.

Da sich der Betrachtungsraum nicht auf das historische Land Sachsen beschränkt, sondern auch Gebiete der preußischen Provinz Sachsen und Kreise Schlesiens umfasst, lässt sich eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure vergleichend beschreiben und landesgeschichtliche Spezifika herausarbeiten. Dadurch wird unter anderem erklärbar, warum ein Großteil der Namensänderungen in Niederschlesien stattfand. Stets war das Tilgen slawischer Ortsnamen und somit das Inszenieren einer vermeintlichen historischen Kontinuität deutscher Siedlungen in Sachsen ein Ziel der Politik. Doch administrative, politische und pragmatische Gründe trugen dazu bei, dass dieses Ziel uneinheitlich verfolgt wurde und die praktische Umsetzung mit enormen regionalen Differenzen erfolgte.

In dem Beitrag werden zudem Grenzfälle der Ortsumbenennungen erörtert, die eine genaue Quantifizierung politisch motivierter Namenwechsel erschweren. Außerdem werden anhand ausgewählter Beispiele unterschiedliche Vorgehensweisen beim Tilgen von Ortsnamen erläutert und sowohl Akteure als auch deren Beteiligung beschrieben, wodurch Widersprüche der nationalsozialistischen Ideologie und Hemmnisse in der Verwaltung aufgedeckt werden. Für diese Analyse werden Orts- und Gemeindeverzeichnisse, Ministerial- und Verwaltungsblätter, Erlasse, Gesetze und in Archiven aufbewahrte amtliche Schreiben herangezogen.

Die lange Tradition der Politisierung von Namen – dargestellt am Beispiel der Niederlausitz

Christian Zschieschang (Cottbus)

„Eigennamen und Politik“ ist kein neu aufgekommenes Thema. Schon immer wurde in der Onomastik das Verhältnis zwischen Bildung und Gebrauch von Eigennamen einerseits und Aspekten von Politik, Herrschaft und Ideologisierung andererseits betrachtet – was Politik eigentlich ist und vor allem, was sie nicht ist, ist dabei im namenkundlichen Kontext durchaus auch zu diskutieren. Untersucht wurden in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere Straßen-, Siedlungs- und Personennamen, und zwar aus den unterschiedlichsten Perspektiven. Was allerdings in der mitteleuropäischen Onomastik lange Zeit tatsächlich nur wenig Aufmerksamkeit fand, war die Rückbindung dieser Forschungen an eine globale Perspektive; bestimmend war vielmehr die Kontextualisierung mit dem engeren geschichtlichen oder allenfalls kontinentalen Umfeld.

Ein Überblick über diese Forschungen kann in einem Vortrag nur schwerlich gegeben werden, aber anhand der Darstellung einer Region lässt sich die fortwährende Inanspruchnahme von Namen für Zwecke der Herrschaftsmanifestation und ideologischen Beeinflussung aufzeigen. Hierzu bietet die Niederlausitz mit ihrer vom Mittelalter bis zur Gegenwart bewahrten deutsch-sorbischen Zweisprachigkeit besonders gute Voraussetzungen. Signifikante Beispiele finden sich bereits im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Im 19. Jahrhundert, im Spannungsverhältnis zwischen deutschnationalen Ansprüchen und der Entwicklung des sorbischen kulturellen Selbstbewusstseins, steigt die Bedeutung der Namen als Argumente und Instrumente für das jeweilige Weltbild an, wobei die hierbei relevanten Aspekte so vielfältig sind, dass sie selbst für diese überschaubare Region nicht ansatzweise als „ausgeforscht“ gelten können. Selbst anscheinend politikferne Tätigkeiten wie das Sammeln von Flurnamen spiegeln das Zeitgeschehen auf direkte und indirekte Weise. Die Situation eskaliert im Nationalsozialismus, in dem Zeugnisse der sorbischen Kultur am liebsten komplett hätten „ausradiert“ werden sollen.

Auch die Nachkriegszeit bietet reiches Anschauungsmaterial für die politische Beanspruchung von Namen. Dies beginnt mit der deutschsprachigen Eigenbezeichnung der Sorben und führt über vielfältige ideologisch motivierte Benennungen und deren Beseitigung bis in die Gegenwart, in der sich eine Neupositionierung der sorbischen Sprache und Kultur innerhalb einer bisher nie dagewesenen gesellschaftlichen und auch finanziellen Freiheit vollzieht, bei der wiederum Eigennamen eine wichtige Rolle spielen.

Politische Aspekte sind damit in die Namengeschichte fortwährend eingewoben, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Der diesbezügliche Befund in der Niederlausitz steht nicht für sich allein, sondern dürfte kaum verschieden von demjenigen in anderen mitteleuropäischen Landschaften sein. Hierbei ist daran zu erinnern, dass es sich ehemals um eine der Koloniallandschaften des hochmittelalterlichen Landesausbaus gehandelt hat. Nicht zuletzt damit bildet die Niederlausitz einen Baustein für die Beschäftigung mit dem Phänomen „Namen und Politik“ auch auf einer globalen Ebene.

Neustadt in Holstein und Niestadt in Holsteen. Zweisprachige Ortsschilder in Norddeutschland als Träger von Regionalidentitäten

Reinhard Goltz (Bremen) und Albrecht Plewnia (Mannheim)

Für sprachliche Minderheiten ist ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum von besonderer Bedeutung. In vielen Sprachminderheitsgebieten ist die Frage der Repräsentanz der Minderheitensprache deshalb immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten und Auseinandersetzungen, auch weil Meinungen von Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung zu dem Thema oft stark divergieren. Neben verschiedenen privat motivierten sprachlichen Manifestationen, die das *linguistic landscaping* prägen (von Aufschriften im öffentlichen Raum etwa an Geschäften über Namen von Restaurants oder Ferienwohnungen bis zu Graffiti), spielen offizielle Beschilderungen eine wichtige Rolle, weil mit ihnen in der Regel ein hervorgehobener Status verbunden ist (der üblicherweise nur autochthonen Minderheiten zugestanden wird). Sehr virulent wird dies im Bereich von Beschilderungen von Ortsnamen auf Wegweisern und Ortseingangstafeln, weil mit Namen stets auch Fragen von Identität verknüpft sind. Besonders zum Tragen kommt dieser Aspekt bei zweisprachigen Ortsschildern; zugleich sind diese in vielen Sprachminderheitsgebieten Gegenstand heftiger Konflikte (zum Beispiel im lange schwelenden Kärntner Ortstafelstreit, der in den 1970er Jahren und dann erneut in den 2000er Jahren eskalierte).

Anders als beispielsweise in der sorbischen Lausitz, wo es eine lange – allerdings auch nicht unkontroverse – Tradition von zweisprachigen (deutsch-sorbischen) Ortsschildern und Wegweisern gibt, sind im niederdeutschen Raum zweisprachige (deutsch-niederdeutsche) Ortsschilder eine vergleichsweise junge Erscheinung. Mit der Ratifizierung der Europäischen Sprachencharta im Jahr 1998 hat sich die Bundesrepublik zu bestimmten Maßnahmen zur Förderung der anerkannten Regionalsprache Niederdeutsch und der vier Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch, Romanes und Sorbisch verpflichtet; dies hat auch zu einer Stärkung eines Bewusstseins der niederdeutschen Eigensprachlichkeit beigetragen. Seit rund zwanzig Jahren werden auch in Norddeutschland vermehrt zweisprachige Ortseingangstafeln aufgestellt, wobei die administrativen Regelungen sich je nach Bundesland unterscheiden (in Niedersachsen ist beispielsweise eine Art Zertifizierung der gewählten sprachlichen Form entweder durch das Institut für niederdeutsche Sprache oder die Ostfriesische Landschaft erforderlich). Größere öffentliche Kontroversen darüber scheint es nicht zu geben, diskutiert wird allenfalls über Lautstand und Schreibweise der jeweiligen niederdeutschen Varianten. Auffällig ist, dass dieser Trend sich sehr großräumig zeigt und nicht auf Regionen mit einer großen Zahl von Niederdeutsch-Sprechern beschränkt ist.

Bislang gibt es wenig systematisches Wissen zu diesem Feld. Ausgehend von im Institut für niederdeutsche Sprache gesammelten Daten wollen wir in unserem Beitrag eine erste Bestandsaufnahme über die Verbreitung zweisprachiger Ortsschilder in Norddeutschland präsentieren sowie an ausgewählten Beispielen den Prozess der Einführung dieser Schilder nachzeichnen und dabei eine sprachideologische Kontextualisierung vornehmen.

Sprachliche Praktiken der Dekolonisierung? Umbenennungen kolonialer Straßennamen

Verena Ebert (Würzburg)

Umbenennungen von Verkehrsflächen sind fundamentale politische sowie politisierte Vorgänge, denn sie versprachlichen den Blick auf die Geschichte dominanter gesellschaftlicher Gruppen und Wertehaltungen, die sich zu einem gegebenen Zeitpunkt bzw. -raum in den öffentlichen Raum eingeschrieben haben (vgl. Nemeč & Wenninger 2019). Der Vortrag stellt das DFG-Forschungsprojekt „Sprachliche Praktiken der Dekolonisierung? Umbenennungen kolonialer Straßennamen“ vor, welches auf einer breiten Datengrundlage von über 400 nachweislich zur Würdigung von Kolonialakteuren, Kolonialgebieten u. dgl. verfügt Kolonialismen in den dt.spr. Alltagsraum fußt (vgl. Ebert 2021). Während bisherige Studien zu Straßen(um)benennungen vorrangig im Fokus eines politischen Systemwechsels analysieren (z. B. Bering & Großsteinbeck 2007, Werner 2008), erstrecken sich Umbenennungsprozesse von Kolonialismen auf einen breiten Untersuchungszeitraum von 1945 bis heute.

Im Vortrag werden die erhobenen Umbenennungsprozesse aus raumzeitlich-politischer (unmittelbare Nachkriegszeit, BRD/DDR, 1990 bis heute) Perspektive hinsichtlich strukturbezogen-onomastischer und raumlinguistischer Kriterien vorgestellt. Hierbei wird deutlich, dass sprachliche Aushandlungsprozesse um Dekolonisierung erst seit 1990 und verstärkt in den letzten Jahren in den Blickpunkt geraten. Wenngleich Straßennamen Landesgesetz und daher Sache von Kommunen darstellen, soll im ortsübergreifenden Zugriff dargelegt werden, wie hierbei dekoloniales Wissen ausgehandelt wird und welche sprachlichen Muster dabei kennzeichnend sind.

Empirische Grundlage bilden objektsprachliche (Inventare von Namenentscheidungen) sowie metasprachliche (Vorlagen, Änderungsanträge mit Namensvorschlägen u. dgl.) Daten aus demokratischen Kontexten der top-down-Akteure. Im Zeichen zunehmender demokratischer Partizipation sollen auch Positionierungs- und Einforderungskontexte außeradministrativer/bottom-up-Akteure sowie der Anwohnerschaft an kommunale Entscheidungstragende miteinbezogen werden. Der Vortrag will verdeutlichen, dass Umbenennungsprozesse um koloniale Straßennamen zwar vorrangig (lokal-)politisch motivierte Diskussionen darstellen, für die im Hinblick auf die dabei versprachlichten dekolonialen Aushandlungsprozesse dennoch generalisierbare Tendenzen erkannt werden können.

Literatur:

Bering, Dietz & Klaus Großsteinbeck. 2007. Die ideologische Dimension der Kölner Straßennamen von 1870 bis 1945. In Rudolf Jaworski & Peter Stachel (eds.), *Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich*, 311–336. Berlin: Frank & Timme.

Ebert, Verena. 2021. *Koloniale Straßennamen. Benennungspraktiken im Kontext kolonialer Raumaneignung in der deutschen Metropole von 1884 bis 1945* (KPL/CPL 16). Berlin & Boston: De Gruyter.

Nemeč, Birgit & Florian Wenninger (eds.). 2019. *Geschichtspolitik im öffentlichen Raum: Zur Benennung und Umbenennung von Straßen*. Göttingen: unipress.

Werner, Marion. 2008. *Vom Adolf-Hitler-Platz zum Ebertplatz. Eine Kulturgeschichte der Kölner Straßennamen seit 1933*. Köln et al.: Böhlau

Straßennamenpolitik in Deutschland.

Aktuelle Kontroversen in der Pfalz am Beispiel der Städte Landau, Bad Dürkheim und Neustadt an der Weinstraße

Von Daniel Kroiß (Mainz)

In den vergangenen Jahren kam es vermehrt zu Diskussionen um den Umgang mit Straßennamen, deren Namengeber – in der Regel historische Persönlichkeiten – als „belastet“ gelten. In zahlreichen Städten und Gemeinden in Deutschland widmen sich Arbeitsgruppen diesem Thema, dessen Aufarbeitung in der Bevölkerung häufig emotional abgelehnt wird. Die Lokalpolitik ringt um Entscheidungen, Umbenennungen vorzunehmen oder die unliebsamen Straßennamen zu erhalten und mittels Hinweisschilder auf die problematischen Handlungen, Werke oder Äußerungen ihrer Namengeber zu verweisen. Dabei ist es insbesondere der ehrende Charakter, der das bloße Anbringen eines Hinweisschildes häufig als unzureichend erscheinen lässt (Pöppinghege 2012: 36f). So ist etwa schwer vermittelbar, weshalb ein bekannter und bereits im Kaiserreich verurteilter Kolonialverbrecher wie Carl Peters weiterhin durch Straßenbenennungen geehrt und ihm damit Vorbildcharakter zugesprochen werden sollte. In zahlreichen deutschen Städten wird in ähnlicher Weise über Hindenburgstraßen und -plätze gestritten, wobei es in den Debatten jedoch fast ausschließlich um die Tragweite seiner als negativ bewerteten Handlungen geht, nicht aber darum, für welche Leistungen der Generalfeldmarschall des Ersten Weltkriegs und spätere Reichspräsident Paul von Hindenburg, der Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, eigentlich eine derart herausragende Ehrung in über 400 deutschen Städten und Gemeinden verdient (Thamer 2012; Pyta/Orth 2021).

In der Pfalz liefen etwa zeitgleich und in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander mehrere Initiativen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Herangehensweisen: In Landau untersuchte das Stadtarchiv 2021 die Straßennamen der Stadt, der Stadtrat beschloss im darauffolgenden Jahr die Umbenennung von zwei hierzu empfohlenen Straßen. In Bad Dürkheim bildete sich eine vom Stadtarchiv geleitete Arbeitsgruppe, die die Änderung von drei Straßennamen empfahl. Eine Gegeninitiative aus der Bevölkerung verhinderte hier Ende 2022 zunächst weitere Entscheidungen. Auch öffentliche Stellungnahmen von Nachkommen einer mit einer Straßenbenennung geehrten Person sorgten für eine starke Emotionalisierung des Prozesses. In Neustadt an der Weinstraße wurde das in Mainz ansässige Institut für Geschichtliche Landeskunde Rheinland-Pfalz mit einer Prüfung der Straßennamen beauftragt. Da dieses keine Handlungsempfehlungen gab, entschied der Stadtrat dort 2023 nach eigenen Bewertungsmaßstäben, dass fünf Straßen umbenannt werden sollen. Während sich die Politik Landau und Bad Dürkheim auf die NS-Zeit fokussierte, sorgte das Bestehen eines „Kolonialviertels“ in Neustadt unmittelbar für eine größere Anzahl von als „belastet“ geltenden Namengebern, da nur hier auch Cluster kolonialer Straßennamen Teil der Diskussion war.

Der Vortrag beschäftigt sich exemplarisch mit diesen drei unterschiedlichen Prozessen in ihren jeweiligen städtischen Diskursräumen. Es wird der Frage nachgegangen, welche Straßennamen aus welchen Gründen infrage gestellt wurden (und welche nicht) und welches Konzept die einzelnen Kommunen verfolgten bzw. weiterhin verfolgen. Wie wurde und wird die Bevölkerung in den Prozess eingebunden, welche Erfahrungen wurden damit gemacht und welche neuen Straßennamen waren am Ende konsensfähig? Dabei soll auch die Rolle der Onomastik bei der Beratung der Gremien hinterfragt und überlegt werden, ob eine bestimmte Herangehensweise als Vorbild für andere Städte und Gemeinden dienen kann.

Literatur:

Ebert, Verena (2021): Koloniale Straßennamen. Benennungspraktiken im Kontext kolonialer Raumanneignung in der deutschen Metropole von 1884 bis 1945. Berlin/Boston.

Nemec, Birgit/Wenninger, Florian (Hrsg.) (2019): Geschichtspolitik im öffentlichen Raum. Zur Benennung und Umbenennung von Straßen im internationalen Vergleich. *Zeitgeschichte* 46/1.

Pöppinghege, Rainer (2007): Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen. Münster.

Pöppinghege, Rainer (2012): Geschichtspolitik per Stadtplan. In: Matthias Frese (Hrsg.): *Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Münster. S. 21–40.

Pyta, Wolfram/Orth, Rainer (2021): Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden können. In: *Historische Zeitschrift* 312. Heft 2. S. 1–51.

Thamer, Hans-Ulrich (2012): Vom Umgang mit Straßennamen. Der Fall Hindenburg. In: Matthias Frese (Hrsg.): *Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*. Münster. S. 251–264.

The Workings behind Commemorative Motive in Czech Streetnames

Tereza Klemensová und Michal Místecký (Ostrava, Czech Republic)

The paper focuses on the commemorative motive in the street names of Czech cities. By applying quantitative methods, it is possible to show how strong and how frequent the commemoration within various types of cities is. For example, it tests the hypothesis that the bigger a city is, the more frequently the commemorative motive appears. The methods make it possible to show differences between the borderland and “inland” cities. For the most part, the Czech borderlands were inhabited by Germans in the past, and the names of streets were thus often German, so after 1945, in relation with the removal of Germans and degermanization, the streets had to be renamed (or, more precisely, bohemized). There was an effort to demonstrate the strength of the new regime by using names of famous Czech personalities and various Slavic motives within the urbanonymy. Thus, it is possible that the commemorative motive is more frequent in the borderlands. Last but not least, the research can reveal differences in commemoration among regions and districts.

Reassembling the Seventeenth-century Swedish Place-name Policies

Alexandra Petrulevich (Uppsala)

On April 4, 1628 Gustav II Adolf signed a decree ordaining Anders Bure, his general mathematician, to survey and map the Swedish conglomerate state in its entirety (Nr 1, Samlingar 1:1–4). This document—a materialized representation of the monarch’s will—laid foundation for what was to become a state authority of land-surveying and mapping, Lantmäteriet (National Land-Survey). Over the following decades, a group of six youngsters educated by Bureus in survey techniques under the auspices of Kammarkollegiet (Board for Public Lands and Funds) developed into an independent administrative unit gathering tens of surveyors led by Lantmäteriet’s director and several inspectors. This development necessarily led to transformation and adaptation of the original idea to the ever-changing circumstances of the project’s implementation by its principal actors, land-surveyors, in situ—although the initial ambition verbalised as early as 1628 remained unchanged.

In this talk, I am interested in the Swedish large-scale cadastral mapping enterprise as the first ever attempt at conscious place-name policymaking in the Swedish context—especially in multilingual areas. To the best of my knowledge, this perspective has been absent in the existing literature on Swedish large scale cadastral mapping or place-name policies (cf. Petrulevich 2022 with references). The principal research question is: How was place-name policymaking with respect to non-Scandinavian place-names performed across the multilingual Empire? The analysis builds upon examination of a selection of cadastral maps and land-surveyors’ textual descriptions, the body of the Crown’s instructions as well as excerpted place-names. Practical implementation of Kammarkollegiet’s and Lantmäteriet’s regulations vary across the Swedish conglomerate state. For this reason, cadastral maps and descriptions from three language contact areas are investigated: Västerbotten in Sweden (Sámi, Finnish and Swedish), Turku and Pori in Finland (Finnish and Swedish) and Mecklenburg-Vorpommern in Germany (West Slavic, Low German and Swedish). Actor-network theory is chosen as the best suitable framework for the analysis because it combines a highly empirical approach to primary sources and a set of abstract tools assisting in teasing out arrangements of constituents and their relations when place-names are collected and processed. Additionally, I weave in threads of philological and linguistic investigations of the material into the bulk of the study’s analytical cloth in order to elucidate temporal and linguistic complexities of examined material.

Acknowledgements

This work was supported by the Swedish Foundation for Humanities and Social Sciences Riksbankens Jubileumsfond under Grant P20-0105.

References

Petrulevich, Alexandra, 2022: Ortnamnspolitiken i svenska Pommern. En diskursanalytisk och kontaktonomastisk studie. *Namn och bygd* 110. P. 1–35. Samlingar 1 = Samlingar i landtmäteri. Saml. 1, Instruktioner och bref, 1628–1699. 1901. Stockholm.

First name regulation in Denmark

A history about norms, taste and freedom of choice

Birgit Eggert (Copenhagen)

In Denmark, there has been legislation on personal names since 1526 with the first law on the use of family names of the nobility. Later, laws on family names of the rest of the population followed in the 18th and 19th centuries. But it was not until 1961 that rules on first names entered Danish naming legislation. Still, before that there were norms for first names in Denmark. Since 1935, there have been advisory lists for priests in handbooks for the church, and in 1948 – after a media story about some parents having the name *Tessa* rejected for their daughter because the priest did not like it – a Personal Names Committee was set up, that had to be heard in cases about first names.

In the first law on first names from 1961, it reads that "names may not be chosen as first names that are not actual first names by their nature" and "a name may not be chosen as a first name that can be feared to be a disadvantage for the bearer" (my translation). But who decides whether a name is a first name by nature? And whose norms apply when assessing whether a name is a disadvantage to someone? A new Names Act from 1981 with corresponding rules was followed by a circular which, for example, determined for names ending in a vowel that girls' names end in *-a* and *-ie*, while boys' names end in *-i* and *-y*. These rules were of course of great difficulty because the appearance of the names does not divide so simply between boys' and girls' names.

The current Names Act in Denmark is from 2005, and here the options for approval of new first names are more liberal, and the options for changing your first name are quite free. But there is still a distinction between girls' and boys' names, and there are still people who have names rejected because the name they want is approved for the opposite gender. Moderations on this point only apply to transgender people who can take a name according to the gender they identify with.

In the paper, I will uncover the history of approved first names in Denmark towards the rules that apply today. I will set the rules against examples of the actual name use in Denmark and give examples of names that have been rejected. I also want to problematize the development of the regulations in relation to who should decide on something as personal as a first name, whose norms and tastes are the ones that should apply to everyone, and whether individuals should have the freedom to decide for themselves which name they want.

Als Vermieter kann ich nur sagen, dass Paul Müller und Hans Schmidt weniger Probleme bereiten als Ali und Mammoud. Zur sprachlichen Verhandlung der diskriminierenden Wirkung von Namen.

Theresa Schweden (Münster)

Eigennamen sind referenzielle Sprachzeichen ohne lexikalische Bedeutung; ihre primäre Funktion ist es, Personen zu identifizieren und zu individuieren (vgl. z. B. Nübling et al. 2015: 18). Daneben kann ihnen jedoch auch eine konnotative Bedeutung zugeschrieben werden (vgl. Harnisch 2011: 30). Insbesondere Personennamen können dadurch zu Indizes für soziale Differenzierungen nach Gender, Generation, Religion und sozialem Stand oder für Migrationsgeschichten werden.

In Verbindung mit rassistischen Generalisierungen und Vorurteilen können Namen stigmatisiert werden und strukturelle Diskriminierung, beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt, fördern. In einer Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2019: 7) gaben 35 % der Personen mit Migrationshintergrund (16 Jahre oder älter; $n = 150$) an, in Deutschland bereits rassistische Diskriminierung bei der Wohnungssuche erfahren zu haben. Statistiken zeigen auch für die USA der 1930er Jahre, dass sich amerikanisch klingende Namen positiv auf den beruflichen Erfolg auswirkten, während irisch, deutsch oder italienisch gelesene Namen einen negativen Effekt hatten (vgl. Goldstein/Stecklov 2016).

Der Vortrag referiert Ergebnisse einer qualitativen Analyse von YouTube-Kommentaren zu einer Reportage über rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt auf der Basis von Namen (siehe Reporter 2020). Die Kommentare werden induktiv mit der Software MAXQDA ausgewertet. Im Fokus stehen dabei Argumentationstopoi.

Die Analyse kann Unterschiede zwischen zwei Parteien identifizieren: Auf der einen Seite stehen Diskursführende, die es befürworten, dass rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt durch die Reportage skandalisiert wird (vgl. Michel 2020), z. B. *Danke, sehr wichtiges Thema!* Auf der Gegenseite äußern sich Schreibende, die eine solche Diskriminierung leugnen oder sogar legitimieren (*Die meisten Vermieter sind meiner Meinung nach aber nicht rassistisch. Die Vermieter wollen Sicherheit.*) Dabei wird diskutiert, inwiefern es legitim ist, von Namen auf kulturelle Unterschiede zu schließen und auf dieser Basis zu argumentieren (Topos des ethnisch kodierten Namens; z. B. *Es entscheidet doch nicht der Name oder die Herkunft darüber, wie sich Menschen verhalten oder wie sie als Mieter*innen sind.*)

Insbesondere bei Wohnungsbewerbungen, bei denen Personennamen als einzige Projektionsfläche für Rückschlüsse über Bewerbende fungieren, verdichten sich in ihnen rassistische Vorurteile (z. B. *irgendein[...] Ali der seine Miete nicht zahlt*). Namen werden darüber hinaus als negativ konnotierte ethnische Gattungsbezeichnungen verwendet und gehen somit von der Onymik in die Appellativik über (Deonymisierung): *Wenn ich keinen Ali unter meinem Dach haben will, dann ist das halt so. Indigene Deutsche kommen immer zuerst.*

Literatur:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2019): Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfrage_rass_di_skr_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (27.04.2023).

Goldstein, Joshua R./Stecklov, Guy (2016): From Patrick to John F.: Ethnic Names and Occupational Success in the Last Era of Mass Migration. In: American Sociological Review 81 (1), 85–106.

Harnisch, Rüdiger (2011): Eigennamen als Grund und Mittel von Stigmatisierung und Diskriminierung. In: Elspaß, Stephan/Maitz, Péter (Hrsg.): Der Deutschunterricht 63 (6): Sprache und Diskriminierung, 28–42.

Michel, Sascha (2020): Politische Skandalisierungen als Mikrodiskurse. Ein mediatisierungslinguistischer Ansatz. In: Cieszkowski, Marek/Pociask, Janusz: Text- und Diskurswelten in der massenmedialen Kommunikation. Berlin: Peter Lang, 147–176.

Nübling Damaris/Fahlbusch, Fabian/Heuser, Rita (2015): Namen. Eine Einführung in die Onomastik. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Tübingen: Narr.

Reporter (2020): „Großes Experiment: So ungerecht werden Wohnungen vergeben | reporter.“
<https://www.youtube.com/watch?v=WGSJNmeGyvo> (05.05.2023).

Von *Anna Margarethe Jäger* zu *Zulmira Seloni Jäger*: Namen und Identität von Deutschstämmigen in Brasilien

Simone Busley (Mainz)

Dieser Vortrag beleuchtet den Einfluss historisch-politischer Entwicklungen auf die Namen Deutschstämmiger in Brasilien. Im Jahr 1824 erreichten die ersten deutschen Einwanderer Rio Grande do Sul, es folgten bis zu den Weltkriegen weitere Einwanderungswellen. In Kolonien mit überwiegend deutschstämmiger Bevölkerung etablierten sich deutsche Sprache und Kultur. Die deutsch-brasilianische Migrationsgeschichte erlebte jedoch durch die beiden Weltkriege, die nicht nur einen Einwanderungsstopp, sondern durch das mit ihnen verbundene Deutschverbot auch einen Rückgang der deutschen Sprache zur Folge hatten, einen tiefen Einschnitt. Dieser spiegelt sich auch in den Namen der Deutschstämmigen: Sie tragen zunächst volldeutsche Namen (Typ *Johann Peter Sander*, *Anna Margarethe Jäger*), bis es zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem Umbruch kommt. Heute leben mehrere Millionen Deutschstämmige in Brasilien. Ihr Name sind in der Regel ethnisch hybrid und damit Marker für die deutsch-brasilianische Identität: Kombiniert sind Rufnamen, die auch in der lusobrasilianischen Bevölkerung üblich sind (oft romanische Namen), mit deutschen Familiennamen, wobei letztere sogar bis heute Umlautgraphien konservieren z. B. *Valdomiro Sander*, *Zulmira Seloni Jäger*. Diese Hybridnamen sind sowohl aus deutscher als auch als lusobrasilianischer Perspektive ethnisch markiert.

Dies ist insofern ungewöhnlich, als in anderen Auswanderungskontexten zu beobachten ist, dass Ruf- und Familiennamen an die im Einwanderungsland typischen Namen angeglichen und genealogische Informationen damit verschleiert werden. So wurden die Rufnamen von nach Nordamerika ausgewanderten Personen bereits in der ersten Generation amerikanisiert (*Wilhelm* → *William*, *Karl* → *Charles*), die Familiennamen folgten erst einige Generationen später mit graphischen und lautlichen Assimilationen (*Schäfer* → *Shafe*), oft sogar mit einer „Übersetzung“ (*Fuchs* → *Fox*) (s. Macha 1998, Eichhoff 2001).

Dieser Vortrag untersucht anhand von protestantischen Kirchenbüchern aus Novo Hamburgo die ethnische Herkunft der Namen von über 4000 deutschstämmigen Täuflingen (Zeitraum 1845–1952). Es lässt sich daran der Rückgang der deutschen Rufnamen nachzeichnen, der sich – so zeigen es die Daten – bei männlichen und weiblichen Täuflingen unterschiedlich vollzieht.

Literatur:

Eichhoff, Jürgen (2001): Die Anglisierung deutscher Familiennamen in den USA. In: Eichhoff, Jürgen et. al. (Hg.): Name und Gesellschaft. Soziale und historische Aspekte der Namengebung und Namenentwicklung. Band 2. Mannheim [u.a.], S. 244–269.

Horst, Cristiane (2011): „Quando o Heinrich casa com a Iracema, a Urmutter vira bisa“. A dinâmica dos nomes próprios de pessoas e comuns de parentesco em uma comunidade de contato alemão-português do sul do Brasil. Kiel.

Macha, Jürgen (1998): Diskontinuität durch Auswanderung: der Umgang mit Eigennamen. In: Eva Schmitsdorf et. al. (Hg.): *Lingua Germanica: Studien zur deutschen Philologie*, Festschrift für Jochen Splett, 161–170.

Nadalin, Sergio Odilon (2007): João, Hans, Johann, Johannes: dialética dos nomes de batismo numa comunidade imigrante. *Dialectics of baptism names in an immigrant community*. *História Unisinos* 11(1), 14–27.

Siemens, João Udo (1992): Os prenomes dos descendentes de alemães em Curitiba. Dissertation. Universidade de São Paulo, São Paulo.

The Icelandic Gender Autonomy Pact (2019) and its consequences

Agata Michnowska (Poznań)

Icelanders are known for their linguistic purism, which aims to preserve the Icelandic language as untouched as possible. Icelanders manifest their linguistic conservatism in the approach to foreign influences in the vocabulary, limiting the number of loan words to a minimum. Moreover, they use the same policy for proper names. Each Icelandic proper name must meet a wide range of requirements, e.g., it can consist only of letters used in the Icelandic alphabet, and it must be declined according to the rules of the Icelandic grammatical case system. Interestingly, what also differs Icelandic from most of the languages spoken in the Western world is its naming system. Icelanders have retained the patronymic naming system, which has been known since Old Norse times. In most cases, Icelandic surnames indicate the father's first name.

In addition, each surname includes information on gender (expressed with the suffix *-son* "son" or *-dóttir* "daughter"). In exceptional cases, the mother's name is given instead of the father's name. Moreover, if parents want their child to have a name which has not been used in Iceland before, they must have the name been approved by the Icelandic Naming Committee. However, in recent years this language policy has been increasingly criticized by Icelandic people. Many of them did not want their name to contain information about their biological sex. For this reason, in 2019, the Icelandic government passed a law known as The Gender Autonomy Act (Icelandic *Lög um kynrænt sjálfræði*). Thanks to this act, it is now possible to have both a gender-neutral surname, and a unisex first name.

In my presentation, I will give a short overview of rules of creating Icelandic surnames. Moreover, I will try to explain what the implementation of The Icelandic Gender Autonomy Pact changed in naming patterns that are used in Iceland.

Migration and multiculturalism through names in Italy

Giulia Guzzo (Turin)

Migration is a phenomenon which invests all advanced societies and leaves traces in rapid evolution. Migration flows generally contribute to broaden the contemporary cultural framework of a country, also by marking renewal in traditional onomastic.

This renewal is affected and influenced both by linguistic and extra-linguistic variables, such as immigrants' L1 and cultural beliefs, and by the host country language and onomastic policies. In Italy there is not an onomastic policy for the individuals who immigrate. The laws everyone in the country must follow, while choosing a name, are the same codified for Italian citizens. Restrictions are limited to privacy, homonymy among close relatives and shameful names. Moreover, indications are given about correspondence between name and "sex" and the names number allowed (D.P.R. 396/2000).

Names can reflect the ways immigrants face their migration condition and give socio-political-cultural information about the ways different communities live in the host society. Indeed, onomastics find its value intertwining with other science, such as statistics and sociolinguistics.

When a migrant is registered in the National registry, different naming systems, in some cases alphabets too, come into contact: this can first imply transliteration, second the choice of names and surnames to meet the demands of the host onomastic system. Therefore, the resulting name can be graphically, phonetically, and semantically different from the original ethnic name, even though the law admits the use of diacritical signs.

Since laws leave freedom in the first name choice, it could be interesting to investigate immigrants' names adaptation. The paper aims to analyze the contemporary onomastic first names repertory of non-Italian citizens in Italy, trying to identify, through names, immigrants' adaptation strategies to the host community (ethnic identity conservation, integration, camouflage), with regards to the most represented ethnic communities in the country.

The topic will be addressed by examining official national and local data (ISTAT and Civil Registries), showing pros and cons of quantitative research.

References:

- ABU HATAB W., Multicultural Aspects of Names and Naming in the Arab World in O. FELECAN, A. BUGHESIU (eds.), *Name and Naming. Multicultural Aspects*, Palgrave Macmillan, Cham, pp. 261-276.
- CAFFARELLI, E. (2014), *Frequenze onomastiche. I nomi dei residenti in Italia. Popolazione generale (2013) e nuovi nati (2012)*, in «RION. Rivista italiana di Onomastica» 20 (1), pp. 353-414.
- CAFFARELLI, E. (2019), *La statistica al servizio dell'onomastica* in A. ROSSEBASTIANO, A., E. PAPA, D. CACIA, D. *Sulle orme di Pietro Massia. Strumenti e metodi per il rinnovamento della ricerca onomastica* (Vol. 9), Alessandria, Edizioni dell'Orso.

„diesen natürlichen Gang haben auch die deutschen Weiber, [...] von dem Entstehen der Geschlechtsnamen an, betreten“ – Zur Genese des patriarchalen Ehenamenprinzips in Deutschland

Anne Rosar (Mainz)

Glaukt man Geschichtsschreiber Tileman Dothias Wiarda (1800:149), haben Frauen seit Entstehen der Familiennamen den Namen ihres Mannes angenommen. Dieser (früh-) neuzeitliche Topos wird u.a. auch im Krünitzschen Konversationslexikon (1805) rezipiert und so einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Bis heute wirkt dieser bei der Namenwahl in Deutschland fort – die Mehrheit der Ehefrauen gibt nach wie vor ihren Namen auf, obwohl sie gesetzlich längst nicht mehr dazu verpflichtet ist (Rosar 2021). Die Wahl des Mannesnamens gilt als *klassische, traditionelle, normale Variante*, als *selbstverständlich* und *üblich*.

Tatsächlich ist bis heute jedoch unklar, seit wann Frauen bei der Heirat ihren Familiennamen ablegen und den des Ehemannes annehmen. Eine in der Onomastik bislang unbeachtete rechtswissenschaftliche Untersuchung von Taufregistern (Schott 1986) legt nahe, dass die Übernahme des Mannesnamens im Mittelalter noch kein feststehender Brauch ist. Dieser setzt sich im 16. Jahrhundert zunächst im Adel, erst deutlich später im bürgerlichen und bäuerlichen Bereich durch. Zur Referenz auf Frauen ist der Familienname (aus administrativer Perspektive) lange Zeit irrelevant, sie werden ausschließlich mit Rufnamen und als *Ehefrau, Tochter von X* benannt, was Busley & Schweden (2023) anhand frühneuzeitlicher Gerichtsprotokollen belegen. Eine Verrechtlichung des Ehe- bzw. Familiennamens (vorher *Geschlechtsname*) findet sich erst im 18. und 19. Jahrhundert, z. B. im Allgemeinen Landrecht für die Preußischen Staaten (1794): „Die Frau überkommt durch eine Ehe zur rechten Hand den Namen des Mannes.“ Von zeitgenössischen Gelehrten wird dieses patriarchale Prinzip mit der „natürlichen“ Unterordnung der (Ehe-)Frau legitimiert: „Sie hat aufgehört, das Leben eines Individuum zu führen; ihr Leben ist ein Theil seines Lebens geworden, (dies wird trefflich dadurch bezeichnet, dass sie den Namen des Mannes annimmt.)“ (Fichte 1797: 170).

Im Zentrum des Vortrags stehen folgende Forschungsfragen:

- Ab wann und unter welchen Bedingungen haben Frauen bei der Heirat den Familiennamen des Mannes angenommen?
- Seit wann ist die Ehenamenwahl im deutschsprachigen Raum gesetzlich geregelt? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen führten zur Verrechtlichung des patriarchalen Ehenamenprinzips im BGB 1900 („Die Frau erhält den Familiennamen des Mannes.“)?
- Welche Funktion(en) haben Familiennamen in der Vergangenheit erfüllt und welche Funktion(en) haben sie heute inne?

Als Datengrundlage dienen digitalisierte historische Quellen wie Kirchenbücher, Rechtstexte (z. B. Ingelheimer Haderbücher) und Konversationslexika (Pierer, Krünitz etc.).

Literatur:

Busley, Simone & Theresa Schweden. 2023. Von *Henne, Peter Bartholmes Sohn* zu *Hans Becker*: Diachronie der onymischen Personenreferenz in frühneuzeitlichen Gerichtsprotokollen aus Nieder-Ingelheim. Doppelheft „Referenz auf Personen in Variation(en)“. *Beiträge zur Namenforschung* 58(2/3).

Fichte, Johann G. 1797. *Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre. Zweiter Theil oder Angewandtes Naturrecht*. Jena, Leipzig: Christian Ernst Gabler.

Krünitz, Johann G. (ed.). 1805. *D. Johann Georg Krünitz's ökonomisch-technologische Enzyklopädie oder allgemeines System der Staats-, Stadt-, Haus und Landwirtschaft, un der Kunst-Geschichte, in alphabetischer Ordnung: Hundertster Theil, welcher die Artikel Nachjahr bis Nahme enthält*. (Krünitz's; Oeconomische Encyclopädie in 242 Bänden (1773–1858) 100). Joachim Pauli.

Rosar, Anne. 2021. „Die Namensfrage war gleich nach der Brautkleidfrage die zweitwichtigste!“ Diachrone Entwicklung und Argumentationstopoi der Ehenamenwahl in Deutschland. In Antje Damm, Friedel H. Roofls

- & Kirsten Casemir (eds.), *Personennamen in Bewegung. Anthroponyms in Motion* (Beiträge zur Namenforschung 56), 149–186. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Schott, Clausdieter. 1986. Der Name der Ehefrau: Eine historische Skizze. *Festschrift für Cyril Hegnauer zum 65. Geburtstag*. 471–492.
- Wiarda, Tileman D. 1800. *Ueber deutsche Vornamen und Geschlechtsnamen*. Berlin, Stettin: Friedrich Nicolai.

Zur Namenwahl bei der Eheschliessung in verschiedenen Sprachregionen der Schweiz. Zwischen Tradition, Gleichstellung und Selbstbestimmung

Linda Steiner-Grassi und Martina Heer (Bern)

Ausgehend von der aktuellen parlamentarischen Initiative zur Wiedereinführung von Doppelnamen (i.S. *Müller Schmid*), widmet sich unser Beitrag der Familiennamenwahl heiratender Personen in der Schweiz.

Durch die Änderung des Namenrechts (seit 2013 in Kraft) wurden nach dem Gleichstellungsartikel in der Schweizerischen Bundesverfassung (1981), dem neuen Eherecht (1988; seit 1.07.2022 ist die Vorlage «Ehe für alle» in Kraft) und dem Gleichstellungsgesetz (1996) Vorgaben in der Verfassung wie Gleichberechtigung und Diskriminierungsverbot nachvollzogen. Vor der Revision von 2013 konnten Frauen bei der Heirat den Namen des Partners annehmen oder ihren eigenen Namen in Form eines Doppelnamens dem des Partners voranstellen (vgl. Branger 2017; Maag 2012). Seit 2013 gilt für alle heiratenden Personen «[a]nstelle des Zusammengehörigkeit symbolisierenden Familiennamens das Prinzip der eigenständigen Identität» (Weibel 2018: 216), dabei wurde die Option des Doppelnamens abgeschafft.

Bei der Änderung des Namenrechts im Jahr 2013 hat das Parlament jedoch die Präferenzen der Ehepaare falsch eingeschätzt (vgl. von Matt 2022). Die Mehrheit der Frauen übernimmt seit der Gesetzesänderung nach wie vor den Namen des Partners (2021: 67.5%; 2013:71.1%). Viele heiratende Personen würden sich zudem die Möglichkeit des Doppelnamens wünschen: «Doppelnamen sind die einzige Chance für ein Paar, den Namen für die Kontinuität zu behalten und gleichzeitig die Familie auszudrücken. Das geht nur mit Doppelnamen» (Andrea Caroni zit. In: von Matt 2022).

In unserem Beitrag wollen wir der Motivation hinter der Namenwahl bei der Eheschliessung in verschiedenen Sprachregionen der Schweiz nachgehen. Dabei untersuchen wir u.a., inwiefern die Revision des Namenrechts die Entscheidung der Eheleute in den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz mitbeeinflusst hat.

Literatur:

Branger, Katja (2017): Die Namenswahl bei der Eheschliessung vor und nach Einführung des neuen Namensrechts. In: Bundesamt für Statistik BFS, Newsletter Demos 1/2017, Paarbeziehungen, S. 7–12.

Maag, Bernhard (2012): Neues Namens- und Bürgerrechtsrecht. URL: <https://www.caselaw.ch/?p=271> (Abgerufen: 21.12.22). von Matt, Rafael (2022): Revision des Namensrechts. Doppelnamen für Paare könnten bald ein Comeback erleben. URL: <https://www.srf.ch/news/schweiz/revision-des-namensrechts-doppelnamen-fuer-paare-koennten-bald-ein-comeback-erleben> (Abgerufen: 21.12.22).

Weibel, Fleur (2018): Kein gemeinsamer Name mehr? Auswirkungen des Schweizer Namensrechts auf die Namenswahl heute heiratender Paare. In: FamPra.ch. Bern: Stämpfli Verlag, 19(4), S. 959–978.

Diskursanalytische Zugriffe auf Namen rechtsextremer französischer Parteien von 1945 bis heute

Svenja Dufferain-Ottmann (Mannheim)

Die im Fokus des Beitrags stehende diskurslinguistische Analyse von über 200 Namen französischer rechtsextremer politischer Parteien von 1945 bis heute verortet sich an der Schnittstelle zwischen Diskurslinguistik und Onomastik. Das Vorhaben trifft in doppelter Hinsicht auf eine Forschungslücke: Einerseits spielen Namen in der Diskurslinguistik nur eine periphere Rolle (vgl. Rutkowski/Skowronek 2019: 48) und umgekehrt finden innerhalb der Onomastik diskurslinguistische Methoden und Konzepte, mit Ausnahme von Kolonialtoponymen (vgl. Stolz/Warnke 2018), nur sehr vereinzelt Anwendung (vgl. Dufferain-Ottmann 2023). Andererseits werden Parteinamen unter linguistischen Gesichtspunkten innerhalb und außerhalb der Onomastik generell nur unzureichend beforscht.

Basierend auf einem Diskursverständnis nach Foucault (1981) werden im Beitrag die in den rechtsextremen Parteinamen ablesbaren Sagbarkeiten und artikulierten Standpunkte, Denkmuster, Wissenssysteme und Konstruktionen von Wahrheit im Zusammenspiel mit den Musterhaftigkeiten der gewählten sprachlichen Mittel untersucht. Durch die diachronisch vergleichende Betrachtung der Parteinamen seit 1945 können Aussagen über Konstanten und Veränderungen der Muster im Zeitablauf getroffen werden. Um die Typizität der Ergebnisse für die rechtsextremen Parteien einordnen zu können, findet einen Abgleich mit einer größeren Korpusstudie von über 800 französischen Parteinamen der fünften Republik statt (vgl. Dufferain-Ottmann 2023). Es wird auch danach geschaut werden, welche Namensänderungen rechtsextreme Parteien im Laufe der Zeit vornehmen und welche veränderten Identitätskonstruktionen damit angestrebt werden.

Literatur:

Dufferain-Ottmann, Svenja (2023): „Diskurslinguistische Zugriffe auf französische Parteinamen der Fünften Republik. Interdiskursive Ethoskonstruktion und wirklichkeitskonstituierendes Potenzial im diachronischen Vergleich“. In: *Beiträge zur Namenforschung*, 57 (im Druck).

Foucault, Michel (1981): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Rutkowski, Mariusz /Skowronek, Katarzyna (2019): „The Onomastic Discourse Analysis“. In: *Annales universitatis Mariae Curie-Skłodowska, Lublin, Polonia, Vol. XXXVII Sectio FF*. DOI: 10.17951/ff.2019.37.1.47-60, S. 47-60.

Stolz, Thomas/Warnke, Ingo H. (2018): „System- und diskurslinguistische Einblicke in die vergleichende Kolonialtoponomastik“. In: Dies. (Hgg.): *Vergleichende Kolonialtoponomastik*. Berlin u.a.: De Gruyter, S. 1-75.

Die Benennung von Viren und Viruskladen

Politisch-gesellschaftliche, biologische und linguistische Perspektiven

Sandro Bachmann (Zürich)

Spätestens seit der Coronaviruspandemie sind die Namen von Viren in aller Munde. Von Beginn weg wurde die Benennung des verursachenden Virus bzw. der entsprechenden Virus-Klade² medial begleitet und hatte nicht nur einschneidende medizinische sondern auch gesellschaftspolitische Auswirkungen. Sowohl die provisorische Bezeichnung 2019-nCoV wie auch die definitive Benennung SARS-CoV-2 (Corbalenya et al. 2020) wurde von Laien und Medien relativ bald durch «neues Coronavirus» bzw. «neuartiges Coronavirus»³ ersetzt oder ganz ohne adjektivisches Attribut lediglich als «Coronavirus» bezeichnet, wobei damit alltagssprachlich in der Regel weder eines der vier endemischen noch eines der zwei epidemischen Human-Coronaviren (HCoV-229E, HCoV-HKU1, HCoV-NL63, HCoV-OC43; MERS-CoV, SARS-CoV[-1]) (mit)gemeint war.

Im Vortrag soll es darum gehen, verschiedene Benennungsmuster von Viren und Viruskladen zu klassifizieren und zu illustrieren, wie gewisse Benennungsstrategien bewusst oder unbewusst politische und gesellschaftliche Werte kommunizieren. Gleichzeitig soll ein kurzer Überblick darüber gegeben werden, welche Strategien zur Benennung von Viren bzw. Viruskladen sich jüngst herausgebildet haben, um die Benennung selbst möglichst politisch und gesellschaftlich neutral zu vollziehen.

Ein Beispiel für ein Benennungsmuster, das bei der Benennung neuer Viren (bzw. Virenkladen) nicht mehr angewendet wird, ist die Benennung nach der geographischen Herkunft (genauer: der Ort des ersten bekannten durch das Virus verursachte Krankheitsfalls oder der ersten bekannten Virussequenz), damit keine vermeintlich kausale Verbindung zwischen der Herkunft und der verursachenden Krankheit hergestellt werden kann⁴. Generell würde man heute nicht mehr einen Namen wie «Marburg-Virus», «Colorado-Zeckenfieber-Virus» oder «Victoria-/Yamagata-Linie» vergeben. Doch das Beispiel 2019-nCoV bzw. SARS-CoV-2 zeigt, dass auch eine zu technische Benennung dazu führen kann, dass auf nicht-wissenschaftliche Benennungsstrategien zurückgegriffen wird. So hat etwa Donald J. Trump vom China-Virus bzw. chinesischen Virus (im Original «China virus» bzw. «Chinese virus») und Wuhan-Virus («Wuhan virus»)⁵ gesprochen. Bestimmte Subtypen von SARS-CoV-2 wurden in den Medien und von Politikern als indische, südafrikanische, englische oder brasilianische Variante bezeichnet, weil die in der Virologie und Epidemiologie üblichen Benennungen zu technisch bzw. nicht einprägsam genug waren (vgl. Tab. 1), um darüber in den Medien zu berichten oder um politische und medizinische Erwägungen erfolgreich zu kommunizieren.

WHO-Label	Land, in dem die Variante erstmals entdeckt wurde	GISAID-Klade/-Variante	Nextstrain-Klade	Pango-Klade
Alpha	Großbritannien	GRY (davor GR/501Y.V1)	20I/501Y.V1	B.1.1.7
Beta	Südafrika	GH/501Y.V2	20H/501Y.V2	B.1.351
Gamma	Brasilien	GR/501Y.V3	20J/501Y.V3	P.1
Delta	Indien	G/452R.V3	21A/S:478K	B.1.617.2

Tab. 1: WHO-Benennungsschema für SARS-CoV-2-VOIs/VOCs ("variants of interest / concern") (vgl. Konings et al. 2021; vereinfacht und übersetzt)

² Zum Begriff Klade in der Evolutionsbiologie vgl. z. B. Martin & Hine (2016) oder Baum (2008).

³ DWDS-Wortprofil für „Coronavirus“, <<https://www.dwds.de/wp/?q=Coronavirus&comp-method=diff&comp=&pos=Substantiv&minstat=0&minfreq=5&by=logDice&limit=20&view=table>>, abgerufen am 11.08.2022.

⁴ Zahlreiche Zeitungsartikel und Umfragen dokumentieren und diskutieren diesen Trend ausführlich (z. B. Ertl: Wiener Zeitung; Fülleman: Tagesanzeiger; Heil: Frankfurter Allgemeine; Plaga & Büchenbacher: NZZ).

⁵ Vgl. z. B. Viala-Gaufrey & Lindemann: The Conversation.

Dies bedeutet, dass Benennungspraktiken von Krankheitserregern wie SARS-CoV-2 (Gorbalenya et al. 2020; Konings 2021) oder auch den Affenpocken (Happi et al. 2022) nicht wie bisher nur evolutionsbiologische, virologische und epidemiologische, sondern heute auch gesellschaftliche und politische Kriterien heranziehen müssen.

Literatur:

Baum, David (2008): Reading a Phylogenetic Tree: The Meaning of Monophyletic Groups. In: Nature Education 1(1), 190.

Ertl, Sabine: "Antiasiatische Attacken: 'Wir sind Fremde geblieben'", Wiener Zeitung, 8.9.2021 [online unter: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2119703-Antiasiatische-Attacken-Wir-sind-Fremde-geblieben.html>, abgerufen am: 27.12.2022]

Füllemann, Lisa: "Wie Corona und Trump den Hass auf Asiaten schürten", Tagesanzeiger, 23.02.2021 [online unter: <https://www.tagesanzeiger.ch/wie-corona-und-trump-den-hass-auf-asiaten-schuerten-557996351892>, abgerufen am: 27.12.2022].

Martin, Elizabeth; Hine, Robert (2016): A Dictionary of Biology. 7. Auflage. Oxford: Oxford University Press.

Gorbalenya, Alexander E.; Baker, Susan C.; Baric, Ralph S.; de Groot, Raoul J.; Drosten, Christian; Gulyaeva, Anastasia A.; Haagmans, Bart I.; Lauber, Chris; Ikonov, Andrey M.; Neuman, Benjamin W.; Penzar, Dmitry; Perlman, Stanley; Poon, Leo I. M.; Samborskiy, Dmitry V.; Sidorov, Igor A.; Sola, Isabel; Ziebuhr, John (2020): The species Severe acute respiratory syndrome-related coronavirus: classifying 2019-nCoV and naming it SARS-CoV-2. In: Nature Microbiology 5, 536–544. [DOI: 10.1038/s41564-020-0695-z].

Happi, Christian; Adetifa, Ifedayo; Mbala, Placide; Njouom, Richard; Nakoune, Emmanuel; Happi, Anise; Nnaemeka, Ndodo; Ayansola, Oyeronke; Mboowa, Gerald; Bedford, Trevor; Neher, Richard A.; Roemer, Cornelius; Hodcroft, Emma; Tegally, Houriiyah; O'Toole, Áine; Rambaut, Andrew; Pybus, Oliver; Kraemer, Moritz U. G.; Wilkinson, Eduan; Isidro, Joana; Borges, Vítor; Pinto, Miguel; Gomes, João Paulo; Freitas, Lucas; Resende, Paola C.; Lee, Raphael T. C.; Maurer-Stroh, Sebastian; Baxter, Cheryl; Lessells, Richard; O'Connell, Ahmed E.; Kebede, Yenew; Tessema, Sofonias K.; de Oliveira, Tulio (2022): Urgent need for a non-discriminatory and non-stigmatizing nomenclature for monkeypox virus. In: Plos Biology 20(8), e3001769. [DOI: 10.1371/journal.pbio.3001769]

Heil, Christiane: "Mehr Angriffe auf 'Asian Americans'", Frankfurter Allgemeine, 14.03.2022 [online unter: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/mehr-angriffe-auf-asian-americans-seit-beginn-der-pandemie-17243969.html>, abgerufen am: 27.12.2022].

Konings, Frank; Perkins, Mark D.; Kuhn, Jens H.; Pallen, Mark J.; Alm, Erik J.; Archer, Brett N.; Barakat, Amal; Bedford, Trevor; Bhiman, Jinal N.; Caly, Leon; Carter, Lisa L.; Cullinane, Anne; de Oliveira, Tulio; Druce, Julian; El Masry, Ihab; Evans, Roger; Gao, George F.; Gorbalenya, Alexander E.; Hamblion, Esther; Herring, Belinda L.; Hodcroft, Emma; Holmes, Edward C.; Kakkar, Manish; Khare, Shagun; Koopmans, Marion P. G.; Korber, Bette; Leite, Juliana; MacCannell, Duncan; Marklewitz, Marco; Maurer-Stroh, Sebastian; Mendez Rico, Jairo Andres; Korber, Bette; Munster, Vincent J.; Neher, Richard; Munnink, Bas Oude; Pavlin, Boris I.; Peiris, Malik; Poon, Leon; Pybus, Oliver; Rambaut, Andrew; Resende, Paola; Subissi, Lorenzo; Thiel, Volker; Tong, Suxiang; van der Werf, Sylvie; von Gottberg, Anne; Ziebuhr, John; Van Kerkhove, Maria D. (2021): SARS-CoV-2 Variants of Interest and Concern naming scheme conducive for global discourse. In: Nature Microbiology 6, 821–823. [DOI: 10.1038/s41564-021-00932-w]

Plaga, Corinne & Büchenbacher, Katrin: "'Es bricht mir das Herz, dass ich als Schweizerin aufgrund meines asiatischen Aussehens beleidigt werde' – wie Menschen in Zeiten des Coronavirus Diskriminierung erfahren", NZZ, 03.03.2020 [online unter: <https://www.nzz.ch/panorama/coronavirus-rassismus-gegen-asiaten-nzz-ld.1543322>; abgerufen am: 27.12.2022].

Viala-Gaufrey, Jérôme & Lindemann, Dana: "Donald Trump's 'Chinese virus': the politics of naming", The Conversation, 21.4.2020 [https://theconversation.com/donald-trumps-chinese-virus-the-politics-of-naming-136796, abgerufen am: 27.12.2022].